

Stadtverordnetenversammlung in Radebeul

Einwirkung des Genossen Jacob - Frommhold geht - Winterhilfsmaßnahmen - „Karl-May-Gedächtnishain“

Die Stadtverordneten hielten am vergangenen Mittwoch nach langer Pause wieder eine Sitzung ab, die von zahlreichen Zuhörern besucht war. An Stelle des ausgeschiedenen Genossen Sudit war Genosse Jacob geladen und erstmalig erschienen. Der Vorsteher begrüßte den Genossen Jacob und wies ihn in sein Amt ein. Nach den Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion, über die Genosse Brüll berichtete, wurde für Sudit Genosse Jacob in folgende Ausschüsse gewählt: Finanzausschuß, Schulausschuß, Kulturfilmbühne, Elektrizitätsverband. In die Bau-genossenschaft wurde Genosse Glänzel gewählt.

Das Kollegium behandelte zuerst eine sozialdemokratische Anfrage, die wie folgt lautete:

In der Sitzung am 22. Januar 1930 beschäftigten sich die Stadtverordneten mit den Verhältnissen im Altersheim der Frauenwohnungshilfe, ohne daß bisher vom Rat zu den dort berührten Punkten, insbesondere dem Mietpreis und anderen mit der Wohnung im Zusammenhang stehenden Kosten, abschließend Auskunft gegeben worden wäre.

Beschwerden gleicher Art sind erst in letzter Zeit wieder an die Öffentlichkeit gelangt und veranlassen uns, vom Rat endgültige und klare Auskunft über die Verhältnisse im Altersheim zu erbitten.

In der Begründung wies der Genosse Brüll auf die Vorgänge hin, die in der Einwohnerschaft und im Stadtverordnetenversammlung gespielt haben, seit das Altersheim bezogen ist, das jetzt Hartwig-Bürger-Heim (1) genannt werden soll. Vom Rat wurde die Anfrage damit beantwortet, daß das Probejahr, das praktische Unterlagen zur Errechnung der Miete geben sollte, erst Ende 1930 ablaufe.

Außerdem gab der Rat eine Reihe interessanter Mitteilungen.

Danach hat der Rat mit der Straßenbahn verhandelt wegen Einführung eines Kinderfahrcheines für Teilstrecken und wegen des Abhängens des Anhängers an der Waldbilla auch bei vollbesetzten Wagen. Ein Ergebnis ist bisher nicht erreicht worden. Ebenso ergebnislos sind die Verhandlungen mit den Reichsstellen wegen Verlängerung der Zuteilung für Gefrierfleisch über den 30. September hinaus verlaufen. Die Reichsbahn hat mitgeteilt, daß die geplante Güterumleitungslinie, die Radebeul in verschiedener Richtung mit Bahndämmen durchschneiden sollte und über die man sich in früheren Stadtverordnetenkollegien manchmal die Köpfe heißgeredet hatte, nicht zur Ausführung gelangt. Die deshalb über verschiedene Stellen verhangene Bausperrung ist aufgehoben.

Endlich teilte der Rat mit, daß der Vertrag mit dem Karl-May-Verlag bzw. mit Karl Mays Witwe wegen

Errichtung eines Karl-May-Gedächtnishaines

zum Abschluß gebracht worden ist. Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich um die Absicht des Karl-May-Verlages, an der Kirchstraße, gegenüber von Mays Villa, einen Gedächtnishain mit Denkmal für Karl May zu errichten. Nach Fertigstellung soll er von der Stadt als öffentliche Anlage übernommen und erhalten werden. Das soll geschehen aus den Zinsen eines höheren Geldbetrages, der der Stadtgemeinde zur freien Verfügung übergeben worden ist.

Die Tagesordnung war nicht sehr umfangreich. Sie enthielt vor allem die endgültige Beschlussfassung über die vom Wohlfahrts-pflegeausschuß vorbereiteten und vorgeschlagenen

Winterhilfsmaßnahmen

an Hilfsbedürftige. Die im Haushaltsplan, insbesondere die für die Wohlfahrts-erwerbslosen vorgesehenen Mittel sind bereits aufgebraucht. Der Ausschuß schlug vor, als besondere Winterhilfe Gutscheine für Kohlen und Kartoffeln auszugeben, auf die diesmal von den Empfängern nichts hinzuzuzahlen werden braucht. Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach der Dauer der Erwerbslosigkeit und beträgt 8 bzw. 4 Zentner Kohlen und 2 bzw. 1 Zentner Kartoffeln. Genossin Zinn erklärte für die sozialdemokratische Fraktion Zustimmung zu den Vorschlägen der Ausschüsse mit der besonderen Betonung der vorgeschlagenen Maßnahmen für Ledige. Im übrigen ließ sie keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um die ersten Maßnahmen gegen die Nöte des kommenden Winters handle, denen bald mehr folgen müßten, wenn

sich die Verhältnisse nicht ändern. Stadtrat Ubricht berichtete in diesem Zusammenhange über seine Verhandlungen mit der Bäckerinnung, die an Erwerbslose Brot zu verbilligtem Preise abgibt. Auch im Konsumverein Vorwärts wird das für dessen Mitglieder gesehen. Das Kollegium stimmte allen Anträgen einstimmig zu und bewilligte die Mittel. — Ebenso wurde die notwendige Ueberschreitung der im Haushaltsplan vorgesehenen Beträge zur verbilligten Ausgabe von Nähr- und Stärkungsmitteln in der Mütterberatungsstelle gebilligt.

Eine recht eigentümliche Stellung nahmen die Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gegen die

Ruhestandsversorgung der städtischen Angestellten

ein. Es handelt sich um die übliche zusätzliche Altersversorgung, die Beamte und Arbeiter bereits haben. Es kommen neun Angestellte, darunter sechs weibliche, in Frage, für deren Versicherung der Anteil der Gemeinde 600 M. jährlich ausmacht. Nachdem die Vertreter der Rechten schon in den Ausschüssen sich gegen diesen Vorschlag gemandt hatten, enthielten sie sich diesmal der Stimme — wie sie sagten — „finanztechnischen Gründen“. Genosse Brüll beleuchtete diese ziemlich durchsichtigen Gründe in ihrer antisozialen Einstellung. Sie sind auch den Angestellten zur Genüge bekannt, ohne daß die Angestellten immer die richtige Konsequenz daraus ziehen.

Die Nazifraktion, bestehend aus Herrn Frommhold, hatte gebeten, wegen anhaltenden Krankheitserscheinungen aus dem Kollegium ausscheiden zu dürfen. Herr Frommhold begründete das noch mündlich. Die wahren Gründe wird man vielleicht einmal noch hören, nachdem doch auch an die Öffentlichkeit genug darüber gesichert ist, wie der Wahlvorschlag der Nationalsozialisten überhaupt entstanden ist. Selbstverständlich wurde dem Wunsche Frommholds entsprochen. Der Nachfolger ist Herr Riese, von dem schon die Antenne einiges zu berichten mußte.

Die Verfassung der Stadt Radebeul erhielt eine notwendige Ergänzung in einem 4. Nachtrag, der sich mit der Zusammenfassung des Personalausschusses befaßt. Genosse Brüll berichtete für die sozialdemokratische Fraktion über die Notwendigkeit, in den einschlägigen Bestimmungen der Stadtverfassung endlich auch die Vertretung der Arbeiter und Angestellten zu regeln. Er hob dabei die Verdienste des Genossen Stadtrats Dr. Ebert bei dem Zustandekommen dieses Nachtrages hervor, dem leider die Rechte die Mitarbeit im Personalausschuß ablehne. Wollte die sozialdemokratische Fraktion nicht den ganzen Nachtrag und seine Verabschiedung gefährden, mußte sie auf diese Forderung verzichten. Das Verhalten der Rechten zeigt deutlich, daß sie die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtrates niemals verwinden kann.

Auf Anfrage gab der Rat Auskunft über die Durchführung der Erwerbslosenansprüche wegen

Errichtung einer Wärmehalle

im Arbeitsamt, Nebenstelle Löhnitz, und über die Zuziehung von Erwerbslosenvertretern zu den Ausschusssitzungen.

Auch diese Sitzung ging nicht vorüber, ohne daß der Kommunist Philipp nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit an der SPD. sich gerieben hätte. Darin sieht er ja seine Hauptaufgabe. So bemühte er sich am Schluß der Sitzung, die Behandlung sozialdemokratischen Antrages für Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau in öffentlicher Sitzung durchzusetzen, obgleich er genau wußte, daß sich das im Interesse des Antrages von selbst verbot, solange nicht die wichtigsten Vorbedingungen geschaffen worden waren. Genosse Brüll erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß ihr Antrag bezwecke, Arbeit und Wohnungen zu beschaffen, und daß dazu der zur Zeit nur einzig mögliche Weg in nichtöffentlicher Sitzung bestehe. Die unverständliche Haltung Philipps zu diesen Anträgen werde die Öffentlichkeit noch zeitig genug erfahren.

Wir werden selbstverständlich an dieser Stelle über die Verhandlungen und Beschlüsse dieser nichtöffentlichen Sitzung rechtzeitig berichten.